

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

3/Mai-Juni

www.gpa-djp.at

**Europa braucht
einen Kurswechsel!**

EU-Wahl am 25. Mai 2014 ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Europa braucht einen Kurswechsel
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Faktencheck Bankgeheimnis
- 14 Interview mit Jugendforscher Heinzlmaier
- 16 TTIP – alle Macht den Konzernen
- 18 Her mit besserer Ausbildung

Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 Steig um oder geh
- 22 Unter strengen Auflagen

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Recht aktuell
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© dgb, Felix Kindermann

Demos gegen Sozialabbau

12



© H. Walter / picturedesk.com

Faktencheck Bankgeheimnis

16



© Sergey Nivens - Fotolia.com

TTIP-Abkommen

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: MMag.ª Andrea Rogy, kompetenz@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen: Mag.ª Lucia Bauer, Alexander Kobinger, alexander.kobinger@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf

Cover-Foto: Rodrigo Garcia/Eyevine/picturedesk.com

DVR-Nr. 0046655

ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz: www.gpa-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Wer eine andere EU will, muss sie auch wählen.

von Dwora Stein

Ein Kurswechsel in Europa ist nur dann möglich, wenn man jene Kräfte stärkt, die auch dafür eintreten. Nicht wählen schwächt dagegen die Demokratie und stärkt die Macht von Lobbyisten und großen Konzernen. Laut einer im April veröffentlichten EURO-Barometer-Umfrage haben nur 22 Prozent der ÖsterreicherInnen fix vor, am 25. Mai wählen zu gehen. Nur jeder fünfte Mann gab an, sicher wählen zu gehen und jede vierte Frau. Je jünger die Wahlberechtigten, umso unwahrscheinlicher, dass sie ihr Wahlrecht wahrnehmen werden. Ein Phänomen, das man übrigens nicht nur in Österreich, sondern überall in der EU feststellen kann. Zur allgemeinen Politikverdrossenheit kommt bei den Europawahlen noch die besonders ausgeprägte Skepsis gegenüber den Brüsseler VolksvertreterInnen dazu.

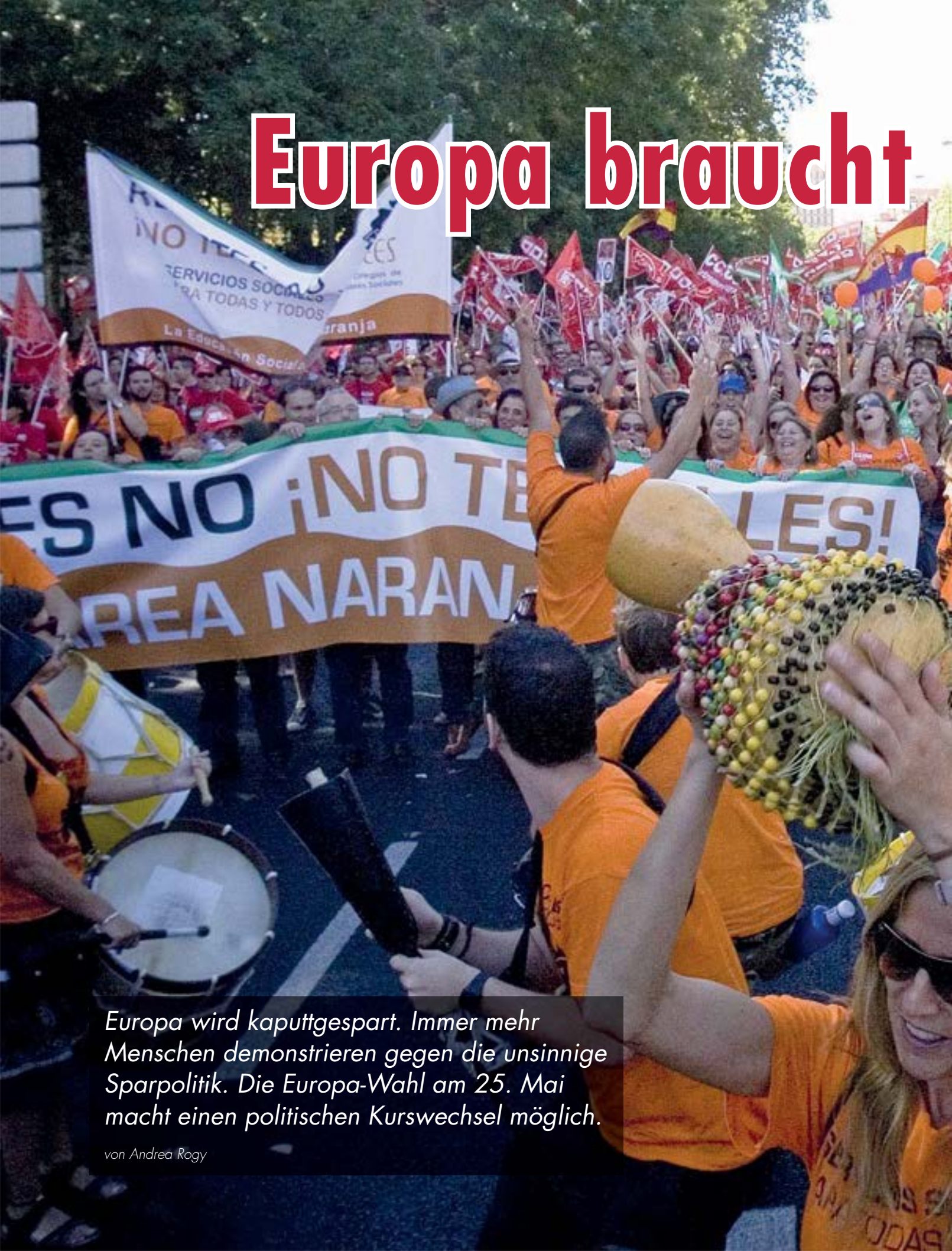
Bis zu einem gewissen Grad kann ich diese Skepsis gut nachvollziehen. Vor allem die Politik der EU in der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre hat viele enttäuscht und zu Recht erzürnt. In Spanien, Griechenland und Portugal, die am meisten unter dem EU-Spardiktat leiden, treibt die wachsende Armut die Menschen immer wieder auf die Straße. Auch in Österreich wird der Druck in

Richtung Einsparungen, Kürzungen von Löhnen und Gehältern sowie Sozialleistungen immer mehr spürbar.

Trotzdem – oder gerade deshalb – sind die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai wichtig. Denn die EU besteht nicht nur aus Lobbyisten und Bürokraten, wie EU-GegnerInnen gerne behaupten. Vielmehr müssen die meisten Richtlinien („EU-Gesetze“) mit dem Europäischen Parlament abgestimmt werden. Mit Unterstützung der GewerkschaftsvertreterInnen im EU-Parlament konnten immer wieder wichtige Impulse für ein sozialeres und bürgernäheres Europa gesetzt werden. Das wurde zuletzt durch Verbesserungen für LeiharbeiterInnen am Arbeitsplatz sichtbar. Auch was die Einführung einer Finanztransaktionssteuer betrifft, hat das Europäische Parlament bereits einen wichtigen Meilenstein gesetzt.

Wer am 25. Mai wählen geht, hat die Möglichkeit jenen Abgeordneten seine/ihre Stimme zu geben, die sich für Verbesserungen im Sinne der ArbeitnehmerInnen – wie zum Beispiel für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und mehr soziale Gerechtigkeit – einsetzen. ■

Europa braucht



Europa wird kaputtgespart. Immer mehr Menschen demonstrieren gegen die unsinnige Sparpolitik. Die Europa-Wahl am 25. Mai macht einen politischen Kurswechsel möglich.

von Andrea Rogy

den Kurswechsel!



Tausende Menschen demonstrierten in Madrid im April 2014 gegen die Sparmaßnahmen der spanischen Regierung.



Tiefe Einschnitte in die Sozialsysteme machen die Armut in Europa wieder stärker sichtbar.

In großen Teilen Europas leiden die Menschen seit Jahren unter einer rigiden Sparpolitik, die nach Ansicht der neoliberalen Politspitze den Weg aus der Wirtschaftskrise weisen soll. Die negativen Folgen des Sparzwangs sind vielfältig – besonders deutlich sind sie an der steigenden Arbeitslosigkeit abzulesen. Am stärksten ist die Jugend betroffen: In Spanien und Griechenland sind bereits weit mehr als 50 Prozent der jungen Menschen ohne Beschäftigung. Auch das Auskommen mit dem Einkommen wird angesichts der Wirtschaftsflaute immer schwieriger. In Griechenland ist die Situation besonders dramatisch. Aktuell werden rund 25 Prozent der GehaltsempfängerInnen als „Neuarmer“ bezeichnet – sie können mit ihrem Verdienst die Lebenshaltungskosten nicht decken. Das radikale Kaputtsparen zerstört zusehends auch Errungenschaften eines sozialen Europas, die in den vergangenen

Jahrzehnten aufgebaut wurden. So warnten ExpertInnen bereits 2012 vor einer humanitären Katastrophe nicht nur in Griechenland, wo immer mehr Menschen verarmen. Es gibt dort nicht mehr genügend Medikamente und medizinisches Material – das Gesundheitssystem bricht zusammen.

In Madrid protestierten zuletzt im April Zehntausende Menschen gegen die geplanten strengen Sparmaßnahmen der spanischen Regierung. Der Protestmarsch endete in Zusammenstößen mit der Polizei. Die Menschen sind wütend und haben genug vom Spardiktat! Sie haben erkannt, dass derartig tiefe Einschnitte ins Sozialsystem die Nachfrage hemmen und so die Wirtschaft einbrechen lassen. Die Rezession ist schon jetzt so massiv, dass sie zunehmend die Voraussetzungen für zukünftiges Wirtschaftswachstum zerstört.

Auffallend dramatisch ist die Situation in jenen Ländern, die im Anschluss an die Wirtschaftskrise die rigide Sparpolitik der Troika umsetzen mussten, damit sie Hilfgelder bekommen. Das Ziel der Konsolidierungspolitik war es, die Wirtschaft anzukurbeln. Die realen Auswirkungen waren eine steigende Arbeitslosigkeit, die radikale Verarmung sozial schwacher Bevölkerungsschichten, eine Verschärfung der Ungleichverteilung des ökonomischen Wohlstandes und Massenproteste.

Auswirkungen auf die Menschen

Die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat in ihrem Bericht „Gesellschaft auf einen Blick 2014“ untersucht, wie die Krise das Leben der Menschen in den Mitgliedsländern verändert hat. Das

Hauptergebnis: Die Finanzkrise hat eine Sozialkrise entfacht. Die einbrechende Wirtschaft hatte sehr konkrete und hemmende Auswirkungen auf zentrale Lebensentscheidungen der Menschen: Wollen wir Kinder? Bin ich mit meinem Leben zufrieden? Gehe ich noch zum Arzt, wenn ich krank werde? Ein Beispiel: Der Anteil der Menschen, die aktuell angeben, nicht immer genug Geld zu haben, um ausreichend Essen zu kaufen, liegt im OECD-Schnitt bei 13 Prozent. In Griechenland stieg der Anteil in der Krise um neun Prozentpunkte auf erschreckende 18 Prozent.

Die Krise hat also das Leben vieler Menschen zum Negativen verändert – deswegen müsse die Politik gegensteuern, heißt es in dem Bericht der OECD. Sparen Staaten jedoch bei Bildung, Gesundheit und Unterstützung für Familien, treffe das diejenigen, die ohnehin bereits am stärksten unter der Krise leiden. Viele ExpertInnen in Europa warnten daher eindringlich vor dem falschen Sparen: Wer pauschal soziale Ausgaben kürze, könne die Entwicklungschancen ganzer Generationen gefährden.

Doch Europa ist dank der neoliberalen Einflüsterer genau in diese Falle hineingetappt und befindet sich im Moment in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Für den internationalen Sekretär der GPA-djp, Wolfgang Greif, werden die tiefgreifenden sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa immer sichtbarer und alarmierender: Seit 2007 sind die Arbeitslosenzahlen in der Europäischen Union um mehr als 20 Prozent gestiegen. Jede sechste Europäerin ist heute armutsgefährdet. Die Krise bringt Lohn- und Pensionskürzungen sowie zunehmenden Druck auf die Gewerkschaften – mit dem Ziel Kollektivverträge zu unterlaufen.

Europa läuft schief

Für Greif liegen die massiven Fehlentwicklungen auf europäischer Ebene klar auf der Hand: Seit Aus-

**Europa befindet sich
in einer schweren
wirtschaftlichen und sozialen Krise.**

bruch der Finanzmarktkrise werden in immer mehr EU-Ländern Eingriffe in das Arbeitsrecht und die Sozialsysteme vorgenommen. Während Teile dieser Maßnahmen dazu dienen, Staatsausgaben zu kürzen, erfüllen andere vor allem den Zweck, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren

und das Lohnniveau zu senken. „Die Gewerkschaften in Europa gewinnen immer mehr den Eindruck, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von neoliberalen Kräften dazu genutzt wird, all das an sogenannten Strukturreformen durchzusetzen, was jahrzehntlang von vielen zwar gewünscht, unter ‚normalen‘ Verhältnissen aber nicht durchsetzbar war“, präzisiert Greif.

Trotz der immer offensichtlicher werdenden Fehlentwicklungen will uns ein machtvoll, neo-liberal ausgerichtetes „Reform-Bündnis“, in dem die EU-Kommission und die meisten EU-Staatschefs eine zentrale Rolle einnehmen, immer noch

Wolfgang Greif von der GPA-djp kandidiert bei der EU-Wahl.

© Nurih Wagner-Strauss



© Nurih Wagner-Strauss

einreden, dass die Krise harte Einschnitte erforderlich mache und es keine andere Wahl gäbe. Diese Kräfte unternehmen derzeit energische Anstrengungen, um Teile der radikalen Sparpolitik, die in Südeuropa bereits umgesetzt wurde, auf ganz Europa auszuweiten. Das ist definitiv eine Fehlentwicklung.

Was muss sich ändern?

Die eingeschlagenen Krisenlösungspfade in Europa schreien nach einem radikalen Kurswechsel. Sie sind nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich in hohem Maße unvernünftig. Abgesehen vom sozialen Elend und menschlichen Leid wird die Stabilität der Eurozone immer mehr belastet. Doch wie kann ein nachhaltiger Kurswechsel stattfinden? „Um Wachstumsschwächen in weiten Teilen der EU zu korrigieren, braucht es ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell mit starken Impulsen zur Schaffung von Beschäftigung“, skizziert Greif. Die zwei Säulen des

gewerkschaftlichen Paketes sind: Erstens Investitionen in Industrie, Infrastruktur und soziale Dienstleistungen und Zweitens die Sicherung sozialer Grundrechte samt Weiterentwicklung von EU-Mindeststandards im Sozialbereich. (vgl. S.9).

Die Menschen in Europa wollen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Begleitet werden muss der Weg aus der Krise für die Gewerkschaften von einer Finanztransaktionssteuer – welche die Steuerbasis in den EU-Staaten stärkt – sowie der effektiven Regulierung der Finanzmärkte.

Das gewerkschaftliche Wachstums- und Verteilungsmodell für Europa basiert auf folgenden Eckpunkten: der Stärkung der Binnen-nachfrage, dem Kampf gegen die (Jugend-)Arbeitslosigkeit, der Stärkung der Sozialpartner und der ArbeitnehmerInnenrechte.

Die Gewerkschafterin Evelyn Regner, ist seit 2009 Abgeordnete im Europa-Parlament. Als langjährige Leiterin des ÖGB-Europabüros in Brüssel vertritt sie die Interessen der österreichischen ArbeitnehmerInnen in Europa. Die Sozialdemokratin will Impulse setzen, um in der Krise Beschäftigung zu schaffen und die Wirtschaft nachhaltig anzukurbeln. Regner setzt sich tagtäglich für eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes ein. Sie will eine soziale Marktwirtschaft, die den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt stellt. Zuletzt setzte sich Regner erfolgreich für eine finanzielle Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an Unternehmensgewinnen ein.

Regner, die auch Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ist, nimmt bereits ein Umdenken im Europäischen Parlament wahr: „Mitte März wurden im Plenum zwei Entschlüsse angenommen, welche die Sparpolitik scharf kritisieren. Die Berichte halten Verletzungen der Grundrechte sowie Eingriffe in KV-Verhandlungen fest – als Konsequenzen des rigiden Sparkurses in Griechenland, Irland, Spanien und Zypern.“ Für Regner bergen die EU-Wahlen die reelle Chance auf eine wichtige Weichenstellung hin zu einem Europa der ArbeitnehmerInnen: „Die Menschen in Europa wollen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung statt Sparpolitik haben. Mit einer anderen Mehrheit und einer Neuorientierung der Europäischen Kommission unter einer neuen Führung können wir das erreichen. Die Wahl zum Europäischen Parlament bietet die Chance für einen radikalen Kurswechsel in der EU!“

Nähere Informationen zur EU-Wahl: und zur EU-Politik der Gewerkschaft:
<http://www.gpa-djp.at/international>
<http://www.oegb-eu.at>

EU-Abgeordnete Evelyn Regner möchte einen Kurswechsel der europäischen Politik herbeiführen.



Zahlen und Fakten

Das Parlament der Europäischen Union hat seinen Sitz in Straßburg und wird alle fünf Jahre von den BürgerInnen der EU gewählt. Das Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union, und daher als die eigentliche Vertretung der BürgerInnen in Europa zu sehen. Als sogenannte Bürgerkammer der EU stellt es ein machtpolitisches Gleichgewicht zum von den Mitgliedsstaaten besetzten Rat – der Staatenkammer – dar.

Im Europäischen Parlament sind derzeit sieben Fraktionen vertreten, der Parlamentspräsident Martin Schulz wird von der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) gestellt.

Von den derzeit 19 Europaabgeordneten aus Österreich gehören sechs zu den europäischen Christdemokraten, fünf zu den Sozialdemokraten, zwei zu den Grünen und sechs zu den Fraktionslosen (Hans-Peter Martin, FPÖ, andere).

Mitbestimmung

Das Europa-Parlament hat weitreichende Befugnisse, wie beispielsweise die Mitwirkung an der Gesetzgebung in der EU oder demokratische Kontrollrechte in Bezug auf die EU-Institutionen. So können wichtige Impulse für ein sozialeres und bürgernäheres Europa gesetzt werden. Das wurde zuletzt bei Verbesserungen für LeiharbeiterInnen und durch einen optimierten Diskriminierungsschutz am Arbeitsplatz sichtbar.

Gewerkschaftliche Forderungen an die europäische Politik

Investitionen in die Zukunft

Die Sparpolitik ist der falsche Weg aus der Krise. Jährlich müssen zwei Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung in Forschung, in die industrielle Basis Europas sowie in die soziale Infrastruktur investiert werden. Das soll Wachstum und Arbeitsplätze schaffen.

Spardiktate stoppen

Gleichzeitig ist es notwendig, den Stabilitätspakt, die Schuldenbremse und die strengen

Defizitbedingungen für die Mitgliedsstaaten zu lockern. Das Ziel ist eine Steigerung der Reallöhne, nur so kann die Nachfrage gesichert werden.

Steuerdumping stoppen

Um die Finanzierungsbasis der Staaten zu erhalten, muss der Wettlauf um die niedrigsten Steuern gestoppt werden. Europaweit einheitliche Steuersätze und Berechnungsgrundlagen bei Unternehmenssteuern sind dafür nötig.

Soziale Mindeststandards

Soziale Grundrechte dürfen in der Europäischen Union nicht durch die wirtschaftlichen Binnenmarktfreiheiten ausgehebelt werden. Armut und Verelendung müssen der Vergangenheit angehören. Soziale Sicherheit und die Inanspruchnahme des Gesundheitssystems dürfen nicht von der Höhe des Einkommen abhängen.

Die EU-Wahlen 2014 in Österreich

- Die Wahlen sind am Sonntag, den 25. Mai 2014
- In Österreich werden 18 der insgesamt 751 Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt.
- Wahlberechtigt sind alle BürgerInnen ab 16 Jahren.
- Dies gilt auch für alle EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich, die sich in die Europa-Wählerevidenzlisten bei der zuständigen Gemeinde eintragen lassen.
- Informationen zu den aktuellen VertreterInnen Österreichs im EU-Parlament finden sich auf den Seiten des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich.
www.europarl.at
- Es ist möglich, eine Vorzugsstimme zu vergeben. Um gültig zu sein, muss diese an einen/eine KandidatIn jener Partei gehen, die am Stimmzettel angekreuzt wurde.
- Wahlberechtigte können ihre Stimme auch mittels Wahlkarte oder per Briefwahl abgeben.
- Wahlkarten können bis zum 4. Tag vor der Wahl schriftlich oder elektronisch in der zuständigen Gemeinde beantragt werden.
www.wahlkartenantrag.at
- Nähere Informationen zur Europawahl:
www.gpa-djp.at/international

Kommentar



© Nürth Wagner-Strauss

Die Normalarbeitszeit bleibt

Die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit ist weiterhin nur in Ausnahmefällen möglich.

von Wolfgang Katzian

Das Regierungsübereinkommen 2013 bis 2018 enthält eine Reihe von beabsichtigten Änderungen im Arbeitsrecht. Die Umsetzung eines Teiles dieser Punkte wird momentan (April 2014) zwischen den zuständigen Ministerien und unter Einbeziehung der Sozialpartner verhandelt. Eines von mehreren Themen, die dabei diskutiert werden, ist die Arbeitszeit. Das Regierungsübereinkommen sieht zudem im Arbeitsrecht einige Verbesserungen bei der Einschränkung unfairer Vertragsklauseln, bei All-in-Verträgen und der Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche vor.

Das sind zentrale Themen der GPA-djp, deren Umsetzung wir seit langem fordern.

Demgegenüber steht in den laufenden Verhandlungen die von der Arbeitgeberseite oft geforderte Möglichkeit von 12 Stunden täglicher Arbeitszeit bei Gleitzeit sowie bei aktiven Reisezeiten. In den Medien wurde diese Forderung auf eine „generelle Ausdehnung der Tagesarbeitszeiten auf 12 Stunden“ reduziert, so als müssten in Zukunft alle ArbeitnehmerInnen täglich 12

Stunden arbeiten. Kein Wunder, dass das bei vielen Menschen große Verunsicherung ausgelöst hat.

Tatsächlich geht es in den Sozialpartnerverhandlungen vor allem darum, Rahmenbedingungen auszuloten, die bewirken, dass die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit bei Gleitzeit die absolute Ausnahme bleibt, und wenn diese Möglichkeit betrieblich genutzt wird, dies

Eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden wird auch weiterhin die absolute Ausnahme bleiben.

auch mit gleichwertigen Vorteilen für die ArbeitnehmerInnen verbunden sein muss. Selbst wenn es hier zu einer Einigung käme, würde das für die überwiegende Mehrheit der ArbeitnehmerInnen rein gar nichts an den bestehenden Bestimmungen bezüglich ihrer Normalarbeitszeit verändern.

Denn die bestehenden kollektivvertraglichen Bestimmungen und betrieblichen Regelungen zur Normalarbeitszeit werden dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Zudem

bleiben die Überstundenzuschläge im vollen Ausmaß erhalten. Eine andere Lösung ist für uns unvorstellbar.

Eine Zustimmung zu den Änderungen im Arbeitszeitgesetz wird es mit uns auch nur dann geben, wenn es in arbeitsrechtlichen Fragen, etwa im Urlaubsrecht, ein leichteres Erreichen der sechsten Urlaubswoche und bei All-in-Verträgen zu deutlichen Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen kommt. Eine neue gesetzliche Regelung der Arbeitszeit muss demnach den Weg freimachen, damit Beschäftigte nicht erst dann Anspruch auf die 6. Urlaubswoche haben, wenn sie 25 Jahre im gleichen Unternehmen tätig waren. Auch das war Teil des Koalitionsübereinkommens.

Liest man jedoch die aktuellen Meinungsäußerungen der WirtschaftsvertreterInnen, so könnte man leicht zu dem Schluss kommen, dass sie diesen Teil des Koalitionspakts bewusst verdrängen. Wenn die ArbeitgeberInnen da also nicht noch umdenken, dann können sie auch nicht auf einen Kompromiss bei der Arbeitszeit hoffen. ■



© JENS - Fotolia.com

Diskussion um Arbeitszeit

12-Stunden-Tag nur in Ausnahmefällen

Zur aktuellen Arbeitszeitdiskussion rund um einen 12-Stunden-Arbeitstag stellt Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, klar: „Das derzeit verbreitete Bild, der 12-Stunden-Arbeitstag würde nun generell eingeführt, entspricht in keiner Weise dem, was aktuell Verhandlungsgegenstand ist. Für die überwiegende Mehrheit der ArbeitnehmerInnen ändert sich nichts an den bestehenden Bestimmungen bezüglich ihrer Normalarbeitszeit, das garantieren nicht zuletzt unsere Kollektivverträge.“

Wie im Regierungsübereinkommen festgelegt, soll es im Falle von Gleitzeit die Möglichkeit geben, unter

ganz bestimmten Rahmenbedingungen die tägliche Arbeitszeit auf bis zu 12 Stunden auszudehnen. Dies soll nur möglich sein, wenn gleichzeitig Freizeit in längeren Blöcken – etwa zur Erreichung der 4-Tage-Woche – gewährt wird. „Es ist ausdrücklich festzuhalten, dass durch allfällige Gesetzesänderungen die bestehenden kollektivvertraglichen Bestimmungen und betrieblichen Regelungen zur Normalarbeitszeit nicht außer Kraft gesetzt werden. Zudem bleiben die Überstundenzuschläge im vollen Ausmaß erhalten, eine andere Lösung ist unvorstellbar“, erklärt Proyer.

Infos unter: www.gpa-djp.at

DiTech-Insolvenz

Nach der Insolvenz des Computerhändlers DiTech bietet die GPA-djp allen betroffenen Beschäftigten Informationen über die Auswirkungen auf ihre Arbeitsverhältnisse an. „Die ArbeitnehmerInnen werden dabei unterstützt, im Rahmen des bevorstehenden Insolvenzverfahrens zu ihren kollektivvertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen zu kommen“, bekräftigt Regionalgeschäftsführerin Barbara Teiber. Das Unternehmen wird aufgefordert, gemeinsam mit Betriebsrat und Gewerkschaft eine sozial verträgliche Abwicklung der notwendigen Sanierungsschritte zu ermöglichen. Hotline: 05 03 01-21 000
Aktuelle Infos unter: www.gpa-djp.at/ditech

Die Grunderwerbsteuer neu

Die Grunderwerbsteuer erfasst den Erwerb von inländischen Grundstücken. Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer kommen den Gemeinden zugute. Sie beträgt 3,5 Prozent des Kaufbetrags. Wenn die Grundstücke vererbt oder verschenkt werden, wird der 3-fache Einheitswert herangezogen.

Im November 2012 hat der Verfassungsgerichtshof das Grunderwerbsteuergesetz aufgehoben, weil es nicht alle SteuerzahlerInnen gleich behandelt.

Nach vielen Diskussionen liegt nun ein Gesetzesentwurf vor. Darin wird nicht mehr zwischen Erben, Schenken und Verkaufen unterschieden. Der Einheitswert wird jedoch weiterhin als Berechnungsgrundlage verwendet, wenn Grundstücke innerhalb der Familie weitergegeben werden. Verfassungsexperte Werner Doralt zweifelt, dass mit diesem Entwurf der Kritik des Verfassungsgerichtshofs Genüge getan ist, weil weiterhin auch der Einheitswert herangezogen werde.

Kritik kam auch von der AK und ÖGB: Mit dem Entwurf werde eine weitere Chance auf einen Einstieg in ein faires Bewertungssystem für Grundstücke und Immobilien verpasst.



© Hans-Jörg Walter / Rex Features / picturedesk.com

Fakten
Check

Mythos Bankgeheimnis

Legenden und Halbwahrheiten im Faktencheck.

von Lucia Bauer

Behauptung: Das österreichische Bankgeheimnis schützt die kleinen SparerInnen und darf daher nicht angetastet werden.

Faktencheck: Das Bankgeheimnis schützt nicht die kleinen SparerInnen, sondern SteuerbetrügerInnen und GeldwäscherInnen aus aller Welt, die in Österreich ihr Geld parken. Das österreichische Bankgeheimnis ist das strikteste der Welt, entsprechend reizvoll ist es, bei uns Schwarzgeld anzulegen. Eingeführt wurde es 1948 als Notgesetzgebung. Damals suchte man eine Möglichkeit, große Mengen Geld, die aus der Not heraus durch Schleichhandel erwirtschaftet wurden, zu legalisieren. Bereits wenige Jahre später war der Ursprung des Bankgeheimnisses vergessen und der Mythos vom Schutz der kleinen SparerInnen etabliert.

Behauptung: Das Geld auf meinem Sparbuch geht niemanden etwas an – auch nicht den Staat.

Faktencheck: Jedes unselbstständige Einkommen ist für den Staat vollkommen transparent, weil Steuern und Sozialabgaben bereits abgezogen wurden bevor das Geld überhaupt auf dem Konto landet. Eine sinnvolle Begründung, warum das für Geldvermögen immer noch anders ist, existiert nicht. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Einkom-

men selbstständigen Einkommen de facto kaum Möglichkeiten zu Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung. Ganz anders ist es bei Geldvermögen. Über diese haben die Finanzbehörden in der Regel keine Informationen.

Zwar gibt es Ausnahmen vom Bankgeheimnis bei Finanzstrafverfahren oder Verdacht auf Geldwäsche. Da jedoch in Österreich kein zentrales Kontoregister existiert, muss selbst die Korruptionsstaatsanwaltschaft im Verdachtsfall erst eine Anfrage an die Bankenverbände stellen, bevor sie Einsicht nehmen kann. Das ist ein langwieriges und mühsames Unterfangen. Bis die Informationen für das Gericht verfügbar sind, können acht bis zehn Monate vergehen. Wichtige Spuren sind dann längst verwischt. Das Bankgeheimnis trägt daher dazu bei, dass Geldwäsche

**Unser striktes Bankgeheimnis
macht Geldwäsche und Steuerhinterziehung
schwierig verfolgbar.**

men sind also ein offenes Buch für den Fiskus, Vermögensbesitz dagegen kann man nur schätzen. Die Konsequenz daraus: Es gibt bei den



und Steuerhinterziehung kaum verfolgt werden können.

Behauptung: So lange es keine Vermögenssteuer gibt, ist es gleichgültig, ob der Fiskus weiß, dass Herr Maier zehn und Frau Huber 27 Millionen Euro auf dem Konto haben.

Faktencheck: Richtig ist, dass Vermögensbesitz und dessen Verteilung eines der bestgeschützten Geheimnisse in Österreich ist. Bei unselbstständigen Einkommen liefert die Lohnsteuerstatistik verlässliche Daten darüber, wie die Einkommen verteilt sind. Bei der Vermögensverteilung sind wir auf Befragungen und Schätzungen angewiesen. Entsprechend verzerrt sind die Daten, weil vor allem die Reichsten ihr Vermögen oft nicht wahrheitsgemäß angeben bzw. durch Befragungen nicht erreicht werden. Das Bankgeheimnis begünstigt so indirekt die ungleiche Vermögensverteilung, weil es die wahre Verteilungssituation verschleiert.

Behauptung: Wenn eine Vermögenssteuer eingeführt wird, durchwühlen die Finanzbeamten die Nachttischlade und schauen jedes Sparbuch an.

Faktencheck: Richtig ist, dass das ÖGB-Vermögenssteuermodell von einer Selbstdeklaration der Steuerpflichtigen ausgeht und zudem hohe Freibeträge voraussetzt. Das heißt, die Finanzbeamten würden nur dann tatsächlich Einsicht nehmen und prüfen, wenn die Steuererklärung unplausibel ist. Wenn etwa jemand mit einem sehr hohen Einkommen angibt, kein Vermögen zu haben. Die Prüfung würde aber auch dann nicht persönlich durchgeführt werden, sondern über die Bank.

Anders als bei der Vermögenszuwachssteuer (Wertpapier-KESt), für die das Bankgeheimnis nicht relevant ist, weil anonym an der Quelle zugegriffen wird, bräuchte es für die Einführung der Vermögenssteuer

zumindest eine Lockerung des Bankgeheimnisses gegenüber den Finanzbehörden. Erst wenn Geldvermögen einzelnen Personen zugeordnet werden kann, können entsprechende Steuern eingehoben werden. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wäre davon nicht betroffen.

Behauptung: Wenn man das Bankgeheimnis aufhebt, kommt es zu einer massiven Kapitalflucht.

Faktencheck: Österreich steht mit seinem strikten Bankgeheimnis inzwischen isoliert da. Mit der Europäischen Zinsrichtlinie verpflichteten sich 2003 alle EU-Länder zum automatischen Datenabgleich. Nur Belgien, Luxemburg und Österreich forderten Ausnahmen ein. Belgien gab seine Sonderstellung 2012 auf, Luxemburg bekundet seit 2013 Bereitschaft. Langsam gehen den Steuerflüchtigen die Orte aus, an die sie flüchten könnten. Im März hat die österreichische Regierung endlich zugestimmt, das Bankgeheimnis für AusländerInnen zu lockern.

Selbst wenn es zu einer gewissen Kapitalflucht käme, würde Österreich profitieren: Die Finanzbehörden könnten Steuern von ÖsterreicherInnen lukrieren, die ihr Vermögen im Ausland verstecken. Zur Illustration: Allein das Vermögen der ÖsterreicherInnen in der Schweiz wird auf 12–20 Mrd. € geschätzt. Diese Steuereinnahmen würden allen zugute kommen und Investitionen ermöglichen.

Behauptung: Die Aufhebung des Bankgeheimnisses schadet auch MindestdsicherungsbezieherInnen und Pflegebedürftigen.

Faktencheck: Richtig ist, dass das Bankgeheimnis beim Angehörigenregress und beim Selbstbehalt im Pflegeheim relevant ist. Bei BezieherInnen der Mindestdsicherung dürften Geldvermögen keine Rolle spielen.

Für die Vermögensverwertung bei den Pflegeheimkosten werden derzeit die Kontoauszüge überprüft, bei den Sparguthaben ist die Behörde auf Selbstauskünfte angewiesen. Eine Abschaffung des Bankgeheimnisses würde eine genauere Überprüfung des Geldvermögens ermöglichen. Sparbücher und Finanzwerte könnten nicht mehr vor den Behörden versteckt werden.



Die fairste Lösung wäre es, den Angehörigenregress und die Vermögensverwertung durch eine Erbschafts- und Schenkungssteuer zu ersetzen. Das Erbe würde dann nicht schrittweise von den Pflegekosten abgeschmolzen, sondern nur in der Hinterlassenschaft besteuert werden. Somit müsste die vielzitierte pflegebedürftige Oma nicht mehr ihr Sparbuch verstecken und bräuchte auch nach Abänderung des Bankgeheimnisses keine Angst davor haben, dass der Pflegedienstleister auf ihr Ersparnis zugreift.



Das österreichische Bankgeheimnis

Darunter versteht man die Verpflichtung der Kreditinstitute, ihrer Gesellschafter, Organmitglieder und Beschäftigten Geheimnisse, die ihnen aufgrund der Geschäftsverbindungen mit Kunden zugänglich werden, nicht zu offenbaren oder zu verwerten. Das Bankgeheimnis wurde 1979 in § 38 des Bankwesengesetzes verankert, 1988 wurde es mit 2/3-Mehrheit abgesichert. Sinngemäße Begründung des Gesetzgebers: Man müsse die Kapitalinhaber vor dem Fiskus schützen. Es sind jedoch vor allem unehrliche Kapitalinhaber, die durch das Bankgeheimnis geschützt werden.





Bildung wird durch Ausbildung ersetzt

Jugendforscher Heinzlmaier plädiert im KOMPETENZ-Gespräch für Bildung statt Ausbildung und Lehrer, die Schülern helfen, ihren Weg zu finden.

von Alexia Weiss

KOMPETENZ: Wie wertorientiert ist die heutige Jugend?

Heinzlmaier: Die jüngste Wertestudie zeigt: Die Altersgruppe der 14- bis 29-jährigen ist sehr wertorientiert, sie sehen sich nicht als totale Egozentriker. Das Problem, das sie haben, ist: Sie wollen wertorientiert handeln, das wird aber durch die Gesellschaft verunmöglicht.

KOMPETENZ: Kann man überhaupt ein so einheitliches Bild zeichnen?

Heinzlmaier: Das einheitliche Bild ist: Den Leuten wird die Moral ausgetrieben und der Egozentrismus wird als die ideale Grundhaltung vermittelt, ganz im Sinn des neoliberalen Ideals. Das prägt die

Menschen. Menschen, die so erzogen werden, ist jedes Mittel Recht, um zum Ziel zu kommen.

KOMPETENZ: Was können Jugendliche in dieser Gesellschaft dennoch an Werten entwickeln – was ist ihnen wichtig?

Heinzlmaier: Eine gute Ausbildung, um sich gegen andere durchsetzen zu können, im Beruf voranzukommen. Es gibt zwei Gründe, warum man vorankommen will: das eine ist die Anerkennung und das zweite ist die materielle Gratifikation. Die Werte sind also hochgradig materialistisch und selbstbezogen. Man tut das, was einem hilft weiterzukommen. Das ist im Bereich der Bildung problematisch, weil dieser Bereich

verzweckt wird. Alles was diesem Zweck nicht dient, wird aus dem Lehrplan entfernt.

KOMPETENZ: Das ist der Wegfall der humanistischen Bildung. Wohin führt das auf weite Sicht?

Heinzlmaier: Das führt dazu, dass wir uns wieder an den Urzustand des Menschen annähern, dem Kampf jeder gegen jeden. Das ist dann das, was Realität wird: Eine Ansammlung von Individuen, die um ihren eigenen Vorteil ringen und keinen Gemeinsinn mehr ausprägen. Das ist problematisch. Was sich jetzt schon abzeichnet ist ein allgemeines Misstrauen. Zum Beispiel das Verhältnis der Menschen zur Politik: Da gibt es kein Vertrauen mehr. Und

das ist schon eine Folge des Zweckmäßigkeitsgedankens. Bildung wird durch Ausbildung ersetzt.

KOMPETENZ: Wo soll denn Schule Ihrer Ansicht nach stattdessen hinsteuern?

Heinzlmaier: Die Schulpolitik der Gegenwart ist kompetenzorientiert. Es geht nicht um Bildung, es geht um Kompetenzen. Und nur die Kompetenzen, die nützlich im ökonomischen Kontext sind, die werden dann in der Schule vermittelt. Das ist der Tod der Bildung.

Eine bildungsorientierte Herangehensweise wäre, nicht nur das zu fördern was der Mensch braucht, um ein funktionsfähiges Element dieser Gesellschaft zu sein, sondern es geht darum, dass er von einer höheren Ebene aus fähig ist, die Gesellschaft zu beurteilen, sich von vielem zu distanzieren und Dinge kritisch zu hinterfragen.

KOMPETENZ: Das impliziert aber, dass genau das gewünscht wird: nur ja keine kritischen Geister heranzuziehen.

Heinzlmaier: Man braucht keine kritischen Geister, weil wir den Endzustand der Menschheit erreicht haben. Man hat sich dem Idealzustand anzupassen. Aus dieser Perspektive macht es keinen Sinn, noch etwas zu hinterfragen. Die neoliberale konkurrenzlose Marktgesellschaft ist das Ideal. Wenn es global nichts mehr gibt, was sich außerhalb des Marktes befindet, dann ist die Gesellschaft im Idealzustand.

KOMPETENZ: Wie sähe die ideale Schule aus?

Heinzlmaier: Ich sehe Schule als Institution, die sich als Einrichtung versteht, die dem Einzelnen dabei hilft, sich selbst zu finden. Es wird kein

Kanon darübergestülpt, der zu rezipieren ist, sondern die Lehrer helfen den Schülern, den eigenen Weg durch die verschiedenen Interessensfelder zu finden, unter gleichzeitiger stärkerer Berücksichtigung von Sprachen, Geschichte, von Kunst.

KOMPETENZ: Das wäre ein Aufbrechen der jetzigen Bildungsstrukturen. Muss Schule völlig neu gemacht werden?

Heinzlmaier: Was ich jetzt formuliert habe, wäre das Ideal. Was ich als vernünftige Schulform ansehe, ist das traditionelle Gymnasium – ein bisschen flexibler und mit mehr Wahlmöglichkeiten.

**Bildung ist weit mehr,
als berufliche Verpflichtungen
kompetent zu erfüllen.**

KOMPETENZ: Welchen Gewinn haben Arbeitgeber durch Menschen, die nicht nur ausgebildet sind, sondern auch eigene Ideen mit- und einbringen?

Heinzlmaier: Wir haben heute ein Bildungssystem, das ähnliche Absolventen erzeugt, einer gleicht dem anderen, es ist schwierig Alleinstellungsmerkmale zu haben. Die Bildung wäre ein solches Alleinstellungsmerkmal. Der Arbeitgeber bekommt MitarbeiterInnen, die mehr können, als kompetent ihren beruflichen Verpflichtungen nachzukommen. Sie haben die Möglichkeit, mit dem Kunden über kulturelle Themen zu reden, sie haben Stil und können einen Beitrag zur Unternehmenskultur leisten.

KOMPETENZ: Hat zu den einheitlichen AbsolventInnen der Fachhochschulsektor beigetragen?

Heinzlmaier: Dieser Sektor hat die Akademisierung des einfachen

Geistes mit sich gebracht. Die FHs sind extrem verschult, sehr hierarchisch gegliedert, da dominiert nicht der Diskurs wie an den Universitäten.

KOMPETENZ: Aber auch an den Unis hat sich viel verändert mit der Umstellung auf das Bologna-System.

Heinzlmaier: Ich glaube ja, dass das Bologna-System die Vernichtung der österreichischen Universitätskultur ist. In Wirklichkeit hat hier das Allgemeine vom Besonderen Besitz ergriffen. Der Wahnsinn ist, dass hier alle kulturellen Besonderheiten zunichte gemacht werden. Diese Homogenität ist eine Katastrophe. Wir haben die Vorteile, die unser Uni-System hatte, zerschlagen.

KOMPETENZ: Individualität und Individuen sind also wichtig für eine Gesellschaft.

Heinzlmaier: Genau. Menschen, die selbstbewusst sind, die eine eigene Perspektive haben, ein eigenes Wollen, die sind auch wichtig für die Weiterentwicklung der Demokratie. Wenn wir ein System der Ja-Sager erzeugen, ist das ein Totalitarismus von unten. Die Menschen unterdrücken sich dann von selbst. Sie ordnen sich ein und das ist dann eine gleichförmige Masse. Und was herauskommt ist ein Zustand der Stagnation. Da gibt es dann keine Innovation mehr. ■

Infos zur Person

Bernhard Heinzlmaier, geb. 1960 in Wien, studierte Geschichte, Psychologie und Philosophie. Er ist Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien und Geschäftsführer des Marktforschungsunternehmens „ifactory“ in Hamburg.

TTIP– Alle Macht den Konzernen

© Sergey Nivens - Fotolia.com

Derzeit wird die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft verhandelt. Gesetze zum Schutz von ArbeitnehmerInnen und Umwelt könnten ausgehebelt werden.

von Alexandra Strickner

Seit Anfang 2013 verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der EU-Regierungschefinnen (also auch der österreichischen Regierung) die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“ mit den USA. Die Erleichterung von Handel und Investitionen soll laut den Verantwortlichen Wachstum und Wohlstand für alle bringen. Die bislang seitens der EU-Kommission vorgelegten Studien (mit teilweise fragwürdigen Annahmen) sind jedoch dürftig: Je nach Studie würde TTIP jährlich 0,03 bis 0,13 Prozent mehr Wirtschaftswachstum für die EU bringen. Insgesamt 400.000 neue Arbeitsplätze sollen in den ersten 15 Jahren ab Umsetzung des Abkommens entstehen. Das wäre ein prognostizierter Beschäftigungseffekt von gerade

einmal knapp 26.000 pro Jahr für alle 28 EU-Länder. Ein mehr als bescheidener Effekt für ein derart umfassendes Abkommen angesichts der derzeit mehr als 26 Millionen Arbeitslosen in der EU. Wenn so ein Abkommen also nicht substantiell mehr Arbeitsplätze bringt, warum wird dieses dann verhandelt, und was sind die Inhalte des Abkommens?

Zweifelhafte Angleichung

Es gibt bereits jetzt regen Handel zwischen der EU und den USA. Zölle existieren abgesehen von wenigen Ausnahmen kaum noch. Der Fokus



des Abkommens liegt daher auf der Beseitigung der sogenannten „nicht-tarifären“ Handelshemmnisse zwischen der EU und den USA. Gesetze, Standards und Regelungen wie zum Beispiel KonsumentInnen- und Datenschutz, die Kennzeichnung von Lebensmitteln, Umweltgesetze, Medikamentenpreise, Patente, Arbeitsnormen und auch die Vergaberegeln für öffentliche Aufträge sollen in Zukunft „gegenseitig anerkannt“ werden. Für die Menschen in der EU könnte das Gentechnik, Hormonfleisch oder Chlorhühner auf dem Teller, geringeren Datenschutz oder eine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bedeuten.

Alle Macht den Konzernen?

Damit nicht genug. Auch Investor-Staats-Klagerechte sollen eingeführt werden – bereits Ende der 90-er Jahre gab es den Versuch der OECD das zu tun: über das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI). Das wurde von der Zivilgesellschaft unter starker Beteiligung der Gewerkschaften erfolgreich verhindert. Jetzt ist dieses Thema zurück. In TTIP (und CETA – EU-Kanada Abkommen) sollen Konzerne die Möglichkeit erhalten, Staaten zu klagen, wenn sie sich „unfair behandelt“ oder „indirekt enteignet“ fühlen. Die Erfahrungen mit diesem Instrument zeigen: Der Beschluss neuer oder die Veränderung bestehender Gesetze kann zu Konzernklagen auf entgangene Gewinne mit Forderungen in Milliardenhöhe führen.

Energiekonzern klagt Deutschland

Beispiele gefällig? Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat Deutschland auf 3,7 Milliarden Euro Schadenersatz für den Ausstieg aus der Atomkraft geklagt – Verfahren noch anhängig. Ägypten wurde 2012 vom französischen Wasserkonzern Veolia für die Anhebung des Mindestlohns vor das Schiedsgericht gezerrt. Diese Klagen werden bei internationalen Schiedsgerichten wie dem Weltbanktribunal (ICSID) verhandelt – von drei Personen (zwei Anwälte, ein Schiedsrichter), unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Berufungsmöglichkeit. Konzerne können so öffentliche Staatskassen plündern. Allein die Drohung solcher Klagen wird mittelfristig zum „Chilling“-Effekt führen – der Selbstbeschränkung von Regierungen beim Erlass strengerer Umwelt- oder Sozialgesetze. Klagsrechte sind daher nichts anderes als eine ernsthafte Gefährdung der Demokratie.

Während mit TTIP die breite Masse der Menschen in der EU und den USA

eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensqualität erfahren wird und auch die Umwelt das Nachsehen hat, gibt es einige wenige Gewinner dieser Deregulierung: Konzerne auf beiden Seiten des Atlantiks. Für sie werden die Gewinne sprudeln.

Undemokratische Verhandlungen

Die TTIP-Verhandlungsdokumente sind geheim. Das Europäische Parlament wird lediglich informiert und ist zur Geheimhaltung verpflichtet; nationale Parlamente sind nicht eingebunden und werden meistens nicht einmal informiert. Erst durch den Druck der Zivilgesellschaft entsteht derzeit eine öffentliche Diskussion. Dagegen wurden und werden große Konzerne von der Europäischen Kommission hofiert. Im Vorfeld der Verhandlungen fanden 93 Prozent aller Treffen mit Lobbyistinnen internationaler Großkonzerne statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen, so auch Gewerkschaften, haben kein Mitspracherecht.

Ein Abschluss der Verhandlungen war ursprünglich von offizieller Seite noch im Jahr 2014 geplant. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass dieser Termin eingehalten wird. Wenn das Abkommen einmal ausgehandelt ist, darf das Europäische Parlament dem vorliegenden Vertrag nur zustimmen oder ihn ablehnen. Ob nationale Parlamente in den Abstimmungsprozess eingebunden werden, ist noch unklar.

TTIP verhindern

In vielen EU-Staaten und in den USA wächst bereits der Widerstand gegen dieses „Unterwerfungsabkommen“. Und tatsächlich gibt es eine Vielzahl von Alternativen zu TTIP, die tatsächlich Arbeitsplätze schaffen: Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und Investitionen in den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, erneuerbaren

Energien und den Sozialstaat – von Bildung über Pflege bis hin zu Kinderbetreuung – sind nur einige der Ideen. Dafür braucht es eine Abkehr von der EU-Kürzungspolitik und unter anderem die Besteuerung großer Vermögen. Infos unter:

www.ttip-stoppen.at

Alexandra Strickner



© Attac

ist Ökonomin, Mitbegründerin und derzeit Obfrau von Attac und politische Koordinatorin der

Verbindung Wege-aus-der-Krise, der die GPA-djp angehört.

www.wege-aus-der-krise.at

Gewerkschaft will TTIP-Verhandlungen aussetzen

Der Österreichische Gewerkschaftsbund steht dem Freihandelsabkommen TTIP skeptisch bis ablehnend gegenüber. Zu groß ist die Gefahr, dass das Abkommen zu massiven Angriffen auf Sozialsysteme, Arbeitsrechte, Umweltschutzauflagen und Konsumentenrechte führe. Diese Skepsis wird durch die strikte Weigerung, die Verhandlungen öffentlich zu führen, verstärkt. Der ÖGB fordert die Aussetzung der Verhandlungen und unter anderem eine Ausnahme der umfassenden Investitionsschutzbestimmungen. Infos unter: www.gpa-djp.at/international/
→ Freihandelsabkommen EU-USA



© Monkey Business - Fotolia.com

Her mit besserer **Ausbildung**

Die GPA-djp-Jugend startet eine Kampagne für bessere Rahmenbedingungen in der Lehre.

von Litsa Kalaitzis

Das österreichische System der dualen Lehrlingsausbildung – also das parallele Lernen in Berufsschule und Betrieb – hat sich bewährt und ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass Österreich im Vergleich zu anderen Ländern Europas eine geringe Jugendarbeitslosigkeit aufweist. Unterzieht man die Lehrausbildung einer genauen Analyse, werden allerdings Mängel offenkundig, die es rasch zu beseitigen gilt. „Vor allem die Betriebe müssen bezüglich der Lehrlingsausbildung stärker in die Pflicht genommen werden“, erklärt Helmut Gotthartsleitner, Bundesjugendsekretär der GPA-djp.

Die Statistik der Wirtschaftskammer zeigt bei der Zahl der Lehrplätze ein trauriges Bild: So ist die Zahl der Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, in der Zeit von 1990 bis Jahresende 2013 von 46.320 auf 32.189 gesunken. Analog dazu verringerte sich die Zahl der Lehrlinge von 194.000 im Jahr 1980 auf 120.579 im Jahr 2013,

wobei bereits 9.200 Jugendliche zu diesem Zeitpunkt ihre Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung absolvierten.

Bessere Lehrausbildung

„Es geht uns aber nicht nur um Quantität, sondern vor allem auch um die Qualität in der Lehrausbildung“, erklärt Gotthartsleitner. Viele Firmen nehmen ihre Verantwortung wahr und bilden ihren Nachwuchs gut aus. Leider gibt es aber auch immer mehr Unternehmer, deren Beitrag sich darin erschöpft, die mangelnde Bildung der Jugendlichen zu kritisieren. Die GPA-djp Jugend beklagt auch die mangelnde Qualitätskontrolle bzw. Evaluierung der Lehrausbildung. Die laufende Überprüfung der Ausbildung ist deswegen eine zentrale Forderung in der aktuellen Informationskampagne – unter dem Motto „Her mit mehr Ausbildungsqualität! Her mit mehr Lehrstellen! Her mit mehr Kohle!“.

Gefordert wird ein zeitgemäßes Benchmarksystem. Betriebe müssen verpflichtet werden, unter der Einbindung von Jugendvertrauensrat und Betriebsrat einen Ausbildungsplan zu erstellen, dessen Einhaltung auch überprüft bzw. dessen Missachtung sanktioniert wird. Zur Sicherung der Ausbildungsqualität müsse im Berufsausbildungsgesetz (BAG) verankert werden, alle drei bis vier Jahre zu überprüfen, ob ein Betrieb die Voraussetzungen zur Lehrlings-Ausbildung erfülle.

Weitere Forderungen, die mittels Postkarten in den kommenden Monaten unter Jugendlichen verteilt werden, sind neben der Schaffung von mehr Lehrstellen die Übernahme der Internatskosten während der Berufsschulzeit durch die ausbildenden Betriebe und deutliche Erhöhungen der Lehrlingsentschädigungen.

Infos unter: **www.jugend.gpa-djp.at/hermitmehr**



In zahlreichen Betriebsversammlungen wurden faire Gehaltserhöhungen gefordert.

Einigung bei Banken-KV

1,93 Prozent höhere Mindestgehälter.

Gewerkschafts- und ArbeitgebervertreterInnen haben sich in der vierten Verhandlungsrunde auf einen neuen Banken-Kollektivvertrag geeinigt. Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter steigen um 1,93 Prozent plus einem Fixbetrag von sechs Euro. Gehaltsbestandteile über dem KV-Schema werden, sofern valorisierbar, um 0,4 Prozent erhöht. „Das ergibt im Durchschnitt eine Erhöhung von 2,15 Prozent“, erklärt der Verhandlungsführer der ArbeitnehmerInnenseite und Zentralbetriebsrat der Oberbank, Wolfgang Pischinger.

Die Lehrlingsentschädigung wird um 2,3 Prozent angehoben, die

Kinderzulage um jeweils 2 Euro. Es war ein Gehaltsabschluss in einem schwierigen Umfeld. „Der Dank für diesen Erfolg gebührt dem Engagement der BetriebsrätInnen des gesamten Finanzbereiches in Österreich, die sich in zahlreichen Aktionen und Betriebsversammlungen gemeinsam mit unserem Verhandlungsteam für diesen Abschluss eingesetzt haben“, so Karl Proyer, stellvertretender Bundesgeschäftsführer in der GPA-djp.

Der neue KV gilt für rund 80.000 Beschäftigte der österreichischen Kreditwirtschaft. Nun stehen Dienstrechtsverhandlungen auf Sektorebene an.

Kollektivvertrag Papierindustrie

Bislang gab es keine Einigung auf einen neuen Kollektivvertrag für die Beschäftigten der Papierindustrie. Das Angebot seitens der Arbeitgeber – 1,78 Prozent Lohnerhöhung für 12 Monate – in der dritten KV-Runde entspricht aus Sicht der verhandelnden Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp nur einem Inflationsausgleich und ist damit inakzeptabel.

In der Branche gab es bereits Betriebsversammlungen, seitens des ÖGB wurden auch Streikmaßnahmen gebilligt. Die Verhandlungen wurden am 12. Mai fortgeführt – gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen sind nicht ausgeschlossen.

KV Elektroindustrie

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 60.000 Beschäftigten der Elektro- und Elektronikindustrie wurden im April in der dritten Runde erfolgreich abgeschlossen. Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp erreichten ab 1. Mai eine kollektivvertragliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2,5 Prozent. Die Ist-Löhne und -Gehälter für Arbeiter und Angestellte werden um 2,35 Prozent erhöht. Das deutliche Einkommensplus stärkt die Kaufkraft der Beschäftigten.



Die Gewerkschaften vereinbarten mit dem Fachverband auf Arbeitgeberseite erneut eine Freizeitoption, bei der die kollektivvertragliche Ist-Erhöhung in Freizeit umgewandelt werden kann. Dabei können vier Stunden pro Monat in Freizeit umgewandelt werden, wenn Beschäftigte dafür auf die Ist-Lohnerhöhung von 2,35 Prozent verzichten. Diese vier Stunden können im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber auch geblockt werden. Die Freizeitoption können nur MitarbeiterInnen nutzen, die mehr als den Kollektivvertragslohn verdienen. Eine entsprechende Betriebsvereinbarung muss abgeschlossen werden.

Infos zu aktuellen KVs:
www.gpa-djp.at/kollektivvertrag

Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Tremel
sorgt sich um seine KollegInnen.



Steig um oder geh!

TÜV-Austria drängt MitarbeiterInnen zum Ausstieg aus lukrativen Altverträgen. Der Betriebsrat will Verschlechterungen verhindern.

von Heike Hausensteiner

Im Jahr 1872 war der Einsatz von Dampfmaschinen weit verbreitet, brachte aber auch etliche Risiken mit sich. Durch Dampfkesselexplosionen gab es in Europa durchschnittlich drei Tote pro Tag – aufgrund technischer Mängel. Deshalb wurde die „Dampfkesseluntersuchungs- und Versicherungs-Gesellschaft“ gegründet. Sie sollte sich als Meilenstein in der Betriebssicherheit erweisen. Genauso ist durch die Überprüfung von Aufzügen, die seit 1905 in Betrieben durchgeführt wird, heute die Benutzung dieser Anlagen sicherer geworden. Weniger sicher fühlen sich offensichtlich 142 Jahre nach der Gründung der Versicherungsgesellschaft, die inzwischen längst TÜV (Technischer Überwachungsverein) Austria heißt, manche ihrer MitarbeiterInnen.

Zur Änderung gedrängt

Harald Fritz (Name von der Redaktion geändert) bekam Ende 2013 von seinen Vorgesetzten einen neuen All-in-Vertrag zur Unterschrift vorgelegt. Damit verbunden war in erster Linie sein Ausstieg aus dem bisherigen TÜV-Gehaltschema und die Überführung in

den für ihn schlechteren Kollektivvertrag für Allgemeines Gewerbe. Der Techniker, Absolvent einer Höheren Technischen Lehranstalt (HTL), wurde vor die Alternative gestellt, entweder den Änderungsvertrag zu unterschreiben – oder das Unternehmen zu verlassen. Vor der gleichen Situation stand Andreas Meister (Name von der Redaktion geändert). Genau wie sein Kollege, weigerte er sich das vorgelegte Schriftstück zu unterschreiben und ließ sich aus dem Unternehmen drängen.

Wolfgang Tremel sorgt sich daher um das Betriebsklima, das in den vergangenen Jahren traditionell hervorragend gewesen sei. Er ist Gewerkschaftsvertreter und Betriebsratsvorsitzender der TÜV Austria Services GmbH. Etwa durch die versuchten Vertragsänderungen und die damit verbundenen Verschlechterungen für seine ArbeitskollegInnen habe sich die Gesprächsbasis verschlechtert. Vor allem aber sieht Tremel die Gefahr, dass die jüngeren und billigeren MitarbeiterInnen nach ein paar Jahren das Unternehmen samt eingeschultem Fachwissen wieder verlassen.

© Nurih Wagner-Strauss

Lukrative Altverträge

Rund 600 MitarbeiterInnen arbeiten in der TÜV Austria Services GmbH. Hier sind die Bereiche Aufzugstechnik, Druckgeräte, Elektrotechnik und Brandschutz, Maschinentechnik, Medizin- und Nachrichtentechnik, Umweltschutz sowie Werkstoff- und Schweißtechnik angesiedelt. Jeweils die Hälfte der ArbeitnehmerInnen befindet sich im neuen Gehaltschema bzw. im alten Schema, welches dank Betriebsvereinbarungen lukrativer ist (Biennalsprünge, Diäten- und Prämienansprüche). TÜV Austria war nie ein Staatsbetrieb – und ist auch nicht mit dem deutschen TÜV verwandt –, sondern war bis vor sieben Jahren als nicht gewinnorientierter Verein organisiert.

Satte Gewinne gab es trotzdem immer zu verzeichnen. Mit Juli 2007 wurde der Verein in eine Aktiengesellschaft (AG) umgewandelt, die (noch) nicht an der Börse notiert ist. Das Ziel der Geschäftsführung lautet jetzt: Expansion ins Ausland, aber ohne Fremdkapital (zum Beispiel über die Börse). Bis zum Jahr 2020 soll die Hälfte des gestiegenen Umsatzes am internationalen Markt, unter anderem in China, erwirtschaftet werden. Und der Umsatz der TÜV Austria kann sich schon jetzt – ungeachtet der weltweiten Wirtschaftskrise – sehen lassen: Wurden 2006 „nur“ 60 Millionen umgesetzt, waren es 2011 bereits 117 Millionen, die die MitarbeiterInnen erwirtschaftet haben. Stark nachgefragt sind inzwischen nicht mehr nur Dampfkessel, sondern zusätzlich geht es etwa um die Sicherheit von Computer- und Informationssystemen oder Chemie-Anlagen und Umwelt-Zertifizierungen.

Für die Sicherheit der Menschen

Wolfgang Tremel ist auch stolz auf den guten Ruf des Unternehmens,



Der Umsatz der TÜV Austria kann sich trotz Wirtschaftskrise sehen lassen.

und dass er bei TÜV Austria arbeiten darf, wie er sagt: „Man tut etwas für die Sicherheit der Menschen, und das fällt positiv auf das Unternehmen zurück.“ Die hohe Arbeitsqualität der TÜV-MitarbeiterInnen sei immer mit hoher Arbeitszufriedenheit gepaart gewesen. Doch seit aus dem früheren Qualitätsverein eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft

**Trotz hoher Gewinne
sollen bestehende Arbeitsverträge
verschlechtert werden.**

gemacht wurde, habe im Betrieb „ein Kulturwandel“ eingesetzt, schildert der ArbeitnehmerInnenvertreter im Interview.

„Ich kann grundsätzlich nicht verstehen, dass, wenn eine Firma seit Beginn positive Gewinne ausschüttet, bestehende Arbeitsverträge mit derartigem Druck verschlechtert werden.“ Tremel ortet mittlerweile sinkendes Vertrauen im Unternehmen und steigende Unzufriedenheit. Umso wichtiger sei es, dass die MitarbeiterInnen als Gemeinschaft – mit gewerkschaftlich gestärktem Rücken – gegenüber der reinen Gewinnorientierung auftreten. Die Situation ist laut Wolfgang Tremel seit fünf Jahren virulent. Seit

dreieinhalb Jahren versucht er nun als Vorsitzender des neunköpfigen Betriebsrates, die Rechte der ArbeitnehmerInnen bei der Umstellung auf den Kollektivvertrag zu stärken. Und in einem Jahr steht die Betriebsratswahl an. Aber: „Früher war beim TÜV Austria die Durchsetzung von ArbeitnehmerInnenrechten selten ein Thema. Die hohe Qualität der Sicherheit im Sinne der Kunden war wichtiger.“ Jetzt, schildert Tremel den Eindruck aus Sicht der ArbeitnehmerInnen, würden betriebswirtschaftliche Ziele dominieren.

Zur konfliktgeladenen Stimmung in dem Traditionsbetrieb befragt, sagt Walter Schönthaler, zuständig für Marketing und Kommunikation, lediglich: „Es wird weitere Gespräche zwischen dem Vorstand und dem Betriebsrat geben, und ich bin überzeugt, dass wir zu einer konstruktiven Lösung kommen werden.“ Auf die Frage, ob vielleicht an den vergleichsweise teureren MitarbeiterInnen gespart werden solle, um die Vergrößerung des Unternehmens zu finanzieren, meint er: „Ich glaube nicht, dass das intendiert ist.“ Die TÜV Austria habe ganz tolle MitarbeiterInnen und wolle nicht deren Erfahrung und Expertise verlieren. ■



© Nurih Wagner-Strauss



Unter strengen Auflagen

Fach- und Führungskräfte kämpfen für akzeptable und transparente All-inclusive-Verträge für faire Regelungen bei Dienstreisen.

von Christian Resei

Unternehmen drängen darauf, dass Arbeit immer mehr verdichtet wird. Besonders Führungs- und Fachkräfte sind davon betroffen. In der GPA-djp sind sie in der Interessengemeinschaft work@professional organisiert – Max Steinhäusler wurde im Februar wieder als Vorsitzender gewählt.

Ein Ziel ist es, Transparenz in die unterschiedlichen Varianten der All-inclusive-Verträge zu bekommen. Steinhäusler: „Man soll erkennen, was ist das Gehalt, was sind die Überstunden und was sind die Zulagen.“ Flexible Arbeitszeiten, Überstunden, All-in-Vereinbarungen, Vertrauensarbeitszeit usw. Auch soll klar sein: All-inclusive-Verträge soll es nur für Führungskräfte oder unter strengen Auflagen geben. „Bei Teilzeit müssen die Zuschläge ohne Wenn und Aber und ohne Durchrechnungsschlupflöcher gezahlt werden“, sagt

Steinhäusler, der als Prozessingenieur arbeitet und Betriebsrat in der voestalpine Stahl ist.

Kommunikation und Respekt

Daneben soll eine Kultur der ehrlichen Arbeitszeitaufzeichnung und der Bezahlung der tatsächlichen Zeiten überall etabliert werden. Kommunikation und Respekt zwischen ArbeitnehmerInnen, Betriebsräten und Gewerkschaft können zu guten Arbeitszeitmodellen führen, die auch die gewünschte Flexibilität im Interesse der Beschäftigten einschließen. Auch müssen einheitliche Regelungen für Dienstreisen geschaffen werden. Etwa 1,2 Millionen ArbeitnehmerInnen müssen zumindest einmal im Jahr eine Dienstreise antreten. „Wir haben die wichtigsten Kollektivverträge nach den Dienstreiseregelungen durchgesehen und neue Ansätze

unter dem Motto fair, einfach, verständlich und europafit erarbeitet“, erklärt Max Steinhäusler.

Die Interessengemeinschaft work@professional setzt sich auch für mehr Frauen in Führungsetagen ein. Frauen-Beauftragte Karin Rathkolb will die Rahmenbedingungen dafür setzen. „Die Mehrzahl der MaturantInnen sind Frauen. Das heißt, im Bildungsbereich funktioniert das mit der Gleichstellung recht gut. In der Berufswelt ist das weniger angekommen“, weiß die studierte Juristin. In Führungspositionen sind die Frauen massiv unterrepräsentiert. Auf der Ebene der Betriebe können Förderungsprogramme oder Gleichstellungsprogramme Frauen unterstützen. Rathkolb: „Das fängt schon bei Seminaren zur Planung der Berufslaufbahn an. Oft liegt es daran, dass Frauen einfach weniger Zeit dafür haben.“ ■



© Kurt Neulinger, AKÖÖ

Johann Kalliauer überreicht die Unterschriften an Nationalratspräsidentin Prammer.

Bürgerinitiative im Parlament

14.500 Unterschriften zur Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte.

Arbeiterkammer und ÖGB Österreich haben eine Bürgerinitiative zur Verbesserung der Rechte von ArbeitnehmerInnen rechtskräftig eingebracht.

Die Initiative verfolgt folgende Ziele: Zum einen sollen die Beschäftigten in Zukunft verständigt werden müssen, wenn eine Kontrolle durch eine Gebietskrankenkasse oder das Finanzamt zeigen sollte, dass sie zu wenig Lohn oder Gehalt bekommen haben. Der zweite Punkt betrifft die Verfallsfristen: Diese Fristen, innerhalb derer nicht bezahlte

Ansprüche von ArbeitnehmerInnen verfallen würden, sollen abgeschafft werden, wenn sie weniger als drei Jahre betragen. „In weniger als zwei Wochen wurden rund 14.500 Unterschriften gesammelt“, freut sich AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Johann Kalliauer anlässlich der Überreichung der Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Das Parlament ist nun aufgefordert, diese Ziele gesetzlich umzusetzen. Die Initiative kann weiterhin unterzeichnet werden.

Infos unter: oegb.at/ooe

Pensionskonto: Erstgutschrift im Juni

Seit 1.1.2014 werden die Pensionen für alle ab 1.1.1955 geborenen Personen auf Basis des Pensionskontos berechnet. Betroffene, die bis zum 31.12.2004 mindestens ein Versicherungsmonat erworben haben, erhalten im Juni eine Kontoerstgutschrift. Dabei werden alle bis Ende 2013 erworbenen Versicherungsmonate zusammengeführt und ins neue Pensionskonto übertragen. Damit alle Ansprüche im Pensionskonto aufscheinen ist es wichtig, die von der Pensionsversicherung ausgesandten Formulare zur Schließung von Versicherungslücken zurückzuschicken.

Infos unter: www.pensionsversicherung.at

Vermögenssteuer-Rechner

Seit Jahren kritisiert die GPA-djp die ungleiche Besteuerung von Arbeit und Vermögen in Österreich. Wer Vermögen hat, wird kaum belastet. Wer hingegen mit Arbeit seinen Lebensunterhalt bestreitet, wird kräftig zur Kasse gebeten. Die Einführung einer Vermögenssteuer würde – dem ÖGB Steuermodell folgend – lediglich die obersten sieben Prozent betreffen. Die Einnahmen könnten für sinnvolle Investitionen in den Sozial- und Gesundheitsbereich verwendet werden, zur Entlastung der Arbeitseinkommen und zum rascheren Schuldenabbau – ohne den Mittelstand oder durchschnittliche Vermögen zu belasten.

Auf private Initiative von Maximilian Kasy von der Harvard University entstand ein Vermögensrechner, der veranschaulicht, bei welchem Vermögen man profitiert oder steuerpflichtig wäre. Durch Eingabe des Haushaltsvermögens (aller zusammenlebender Haushaltsmitglieder) können verschiedene Varianten einer Vermögenssteuer durchgespielt werden. So werden Auswirkungen auf sich selbst, auf den Staatshaushalt und auf die Verteilung von Reichtum sichtbar gemacht.

Info unter:
www.binichreich.at



Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Polzinger hat die Beschäftigten gut vertreten.

© Nurih Wagner-Strauss

Das bringt uns **mehr Geld**

Der Betriebsrat der Caritas Socialis hat vor Gericht durchgesetzt, dass die durchschnittlich geleisteten Überstunden in die Sonderzahlungen der Beschäftigten eingerechnet werden.

von Sabine Becker

Der Betriebsrat der Caritas Socialis (CS) trat im Herbst 2012 mit einer Frage an die GPA-djp-RechtsschützerInnen der Region Wien heran, die für alle Beschäftigten der Sozialwirtschaft spürbare finanzielle Auswirkungen mit sich brachte.

Es ging darum, ob § 26 des Kollektivvertrages für die Beschäftigten der Sozialwirtschaft (BAGS-KV), so auszulegen sei, dass der durchschnittliche Grundlohn der Überstunden, die in den letzten drei Monaten vor Auszahlung der Sonderzahlungen geleistet wurden, bei der Bemessung von Urlaubszuschuss und Weihnachtsremuneration zu berücksichtigen sei. Beim betroffenen Arbeitgeber wurde das bislang nicht so gehandhabt.

Die RechtsexpertInnen der Region Wien haben diese Frage bejaht, sie sahen den Sachverhalt durch die KV-Bestimmungen zweifelsfrei geregelt. Der Betriebsrat der Caritas Socialis hat daraufhin beim Arbeitgeber interveniert und erhielt die Antwort, dass der Grundlohn für die durchschnittlich geleisteten Überstunden aus Sicht der Geschäftsleitung nicht in die Berechnung der Sonderzahlungen einzurechnen sei. Da auch die Interventionen der GPA-djp zu keinem Ergebnis führten und der Dienstgeber auf seiner Rechtsansicht beharrte, hat sich Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Polzinger in Zusammenarbeit mit der Region Wien dazu entschlossen, diese Rechtsfrage vom Arbeits- und Sozialgericht Wien ein für alle Mal klären zu lassen.

Sieg in allen Instanzen

Vor Gericht wurde seitens der Geschäftsleitung der Caritas Socialis damit argumentiert, dass die Gewerkschaft bereits bei den Verhandlungen über den geltenden Kollektivvertrag unbedingt den Grundlohn für die durchschnittlich geleisteten Überstunden, die in den letzten drei Monaten vor Auszahlung der Sonderzahlungen angefallen sind, in die Sonderzahlungen einfließen lassen wollte. Damals hätte sich der Arbeitgeberverband erfolgreich gegen diese Berechnungsweise zur Wehr gesetzt, weshalb diese nicht im Kollektivvertrag vereinbart worden sei.

Doch die GPA-djp hat in allen Instanzen obsiegt. Nach dem positiven

Urteil des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien hat nun auch der Oberste Gerichtshof die Auslegung des Kollektivvertrages durch die Gewerkschaft bestätigt. In seiner Urteilsbegründung hat der OGH klargestellt, dass die Vertragsparteien sehr wohl bereits im Kollektivvertrag festgelegt haben, dass der für die Überstunden gebührende Grundlohn der letzten drei Monate als Berechnungsgrundlage für die Sonderzahlungen heranzuziehen ist.

Erfolg für die Beschäftigten

„Mit diesem Urteil haben wir einen großen Erfolg für die Beschäftigten errungen“, freut sich Betriebsratsvorsitzender Polzinger. Die stellvertretende Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp, Barbara Zechmeister, sieht den Grundstein für den Erfolg in den Kollektivvertragsverhandlungen: „Wir haben gut verhandelt und eine finanzielle Besserstellung für die MitarbeiterInnen

im Sozialbereich erreicht – die Menschen werden mehr Geld im Borsel haben.“

Besonders im Sozialbereich wird den DienstnehmerInnen sehr hohe Flexibilität abverlangt und durch die langen Durchrechnungszeiträume, die in Arbeitszeit-Betriebsvereinbarungen festgelegt sind, gelangen die geleisteten Überstunden nur selten zur Auszahlung. „Darum war es uns besonders wichtig, dass durch die Einbeziehung des Grundlohns der durchschnittlich geleisteten Überstunden in die Sonderzahlungen die DienstnehmerInnen für ihren Einsatz und ihre Flexibilität „belohnt“ werden“, bekräftigt Zechmeister.

Die neue Regelung gilt für rund 120.000 ArbeitnehmerInnen, die dem BAGS-Kollektivvertrag unterliegen. Bei der Caritas Socialis in Wien sind insgesamt 840 MitarbeiterInnen betroffen. Diese sind in den Bereichen Diplomkrankenpflege,

© Nurih Wagner-Strauss



Rechtsexpertin
Andrea Komar

In dieser Ausgabe berichten wir zum einen über ein Gerichtsverfahren, das der Betriebsrat der Caritas Socialis mit Unterstützung der GPA-djp-RechtsschützerInnen aus Wien gewonnen hat. Es bringt eine finanzielle Besserstellung für die MitarbeiterInnen im Sozialbereich.

Außerdem berichten wir über die Kündigung einer Betriebsratswerberin, die nach Intervention der GPA-djp zurückgenommen wurde.

Pflege- und Heimhilfe, Alltagsbetreuung, Therapie, Psychologie, Büro, Reinigung und Wäscherei beschäftigt.

Infos unter www.gpa-djp.at/recht

Erfolg für die Rechtsschützer der GPA-djp: Kündigung zurückgenommen

Im Logistikbetrieb einer großen Textilhandelskette wurden Anfang 2014 Betriebsratswahlen vorbereitet. Frau Anna S. (Name von der Redaktion geändert) interessierte sich für die Arbeit als Betriebsrätin und ließ sich als Wahlwerberin auf die Liste setzen. Sie wollte mithelfen, die Interessen der Beschäftigten innerhalb des Unternehmens zu vertreten und sah eine Chance zur aktiveren Mitgestaltung ihres Arbeitsumfeldes.

Doch Frau S. hatte die Rechnung ohne den Arbeitgeber gemacht: Knapp nachdem per Aushang bekannt wurde, dass sie für den Betriebsrat kandidieren wird, sollte sie gekündigt werden. Plötzlich gab es eine „generelle Unzufriedenheit“ mit einer Arbeitnehmerin, deren Tätigkeit bis zu diesem Zeitpunkt vom Arbeitgeber noch nie beanstandet wurde. Einige Wochen später wurde die Kündigung tatsächlich ausgesprochen.

Im ersten Augenblick war Frau S. sprachlos. Sie hatte sich doch nichts zuschulden kommen lassen. Kann die Absicht, Betriebsrätin sein zu wollen, tatsächlich der Grund für eine Kündigung sein?

Die betroffene Kollegin nahm unverzüglich die Rechtsberatung der GPA-djp, Region Wien, in Anspruch. Sofort war klar: Diese Kündigung ist rechtsunwirksam. Denn ArbeitnehmerInnen, die bei einer Betriebsratswahl kandidieren wollen, stehen bereits zu diesem Zeitpunkt unter einem besonderen Kündigungs- und Entlassungsschutz, der in §§ 120 ff Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) geregelt ist. Nach Intervention der GPA-djp hat der Arbeitgeber die Kündigung von Anna S. zurückgenommen – mittlerweile ist sie aktives Mitglied des Betriebsrates.

Filipp Friedrich, GPA-djp-Rechtsschutzsekretär der Region Wien



© Ablinger, Vedral & Partner ZTGMBH

CITYGATE: Ab sofort startet die WBV-GPA mit der Wohnungsvergabe ihres Bauteils.

Citygate – das Tor zu höchster Lebensqualität

Der neue Stadtteil im Norden Wiens schafft leistbares Wohnen – mit perfekter Infrastruktur und attraktiven Freizeitmöglichkeiten.

von Gisela Gary

Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte Gemeinnützige Ges.m.b.H., WBV-GPA, errichtet 71 Wohneinheiten zur Miete oder zum Kauf im Citygate – mit der Verwertung wurde soeben begonnen. Die WBV-GPA wagte erstmals einen zeitgemäßen und zugleich mutigen Schritt: Die Wohnungen sind frei finanziert errichtet: Sie können sofort im Eigentum erworben oder mit einer Kaufoption nach zehn Jahren gemietet werden.

Mieten oder Kaufen?

Mit rund 2.700,- Euro pro Quadratmeter Wohnnutzfläche liegt das

Projekt unter den marktüblichen Preisen. Laut Immobilienpreisspiegel liegt in dem aufstrebenden Bezirk der durchschnittliche Preis pro Quadratmeter weit höher. Tendenz steigend. Zielgruppe sind unter anderem all jene Interessenten, deren Einkommen über den Grenzen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnbausanierungsgesetzes liegen. Die monatliche Miete inklusive Betriebskosten und Steuer, exklusive Heizung, Kalt- und Warmwasser, beträgt rund 8,50 Euro pro Quadratmeter. 473,- Euro pro Quadratmeter sind an Finanzierungsbeitrag zu bezahlen. Weiters haben Interessenten optional die Möglichkeit, die

Wohnung sofort zu einem Fixkaufpreis (ca. 2.700,- pro Quadratmeter) im Eigentum zu erwerben.

Hervorragende Infrastruktur

„Mit unserem Bauteil erfüllen wir die aktuellen Wünsche von Singles und jungen Familien, im Grünen, verkehrstechnisch gut angebunden und doch nicht weit weg von der Stadt zu wohnen. In der Wohnhausanlage befinden sich alle Einrichtungen für den täglichen Bedarf – d. h. die Bewohner finden alle wichtigen Geschäfte vor Ort. Doch der absolute Bonus des neuen Stadtteils ist die U-Bahn vor der Haustüre. Der

Stellenwert der perfekten öffentlichen Verkehrsanbindungen ist im Steigen, wie wir aus unseren Kundengesprächen wissen“, erklärt Michael Gehbauer, Geschäftsführer WBV-GPA. In nur 15 Minuten bringt die U-Bahnlinie 1 die Bewohner vom Citygate direkt von der Station Aderklaaer Straße in die Innenstadt. Dennoch muss auf das Auto nicht verzichtet werden, im WBV-GPA-Bauteil gibt es für monatlich ca. 80,- Euro einen Stellplatz in der Tiefgarage.

Architektonische Feinheiten

Das Citygate wird spätestens im Frühjahr 2015 bei Fertigstellung 1.160 Wohnungen wie auch ein Einkaufszentrum mit rund 20.000 Quadratmeter umfassen. 406 Wohnungen werden von der CITYGATE Living GmbH mit dem Hochhaus-Bauteil Skyliving errichtet, der Rest verteilt sich auf gemeinnützige Bauträger. Demnächst wird gegenüber das evangelische Gymnasium Donau-stadt errichtet. In der Wohnhausanlage gibt es einen Kindergarten. Das neungeschossige Gebäude der WBV-GPA wurde von Scheifinger + Partner ZTG barrierefrei geplant. Die Grundrisstypen reichen von Zwei-Zimmer-Wohnungen bis zu Vier-Zimmer-Wohnungen. Nahezu alle Wohnungen verfügen über Freiräume mit Balkonen, Loggien

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für
Privatangestellte WBV-GPA-
Wohnungsservice –
Gassenlokal

1010 Wien,
Werderergasse 9
Tel.: 01/533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at

oder Terrassen. Zur Ausstattung zählt eine belagsfertige Grundvariante mit hochwertigen Keramikfliesen und auch Buchen-Parkett in allen Zimmern. Balkone werden versiegelt, Terrassen werden mit Feinbetonplatten verlegt. Grundriss- und Ausstattungsänderungen sind, soweit mit dem Baufortschritt vereinbar, möglich. Die kontrollierte Wohnraumlüftung sorgt für einen geringen Energieverbrauch und für eine optimale Luftqualität. Der spezifische Heizwärmebedarf beträgt 29 kWh/Quadratmeter und Jahr. Das Einkaufszentrum wird zur Benützung für alle Bewohner ein Gründach erhalten, doch auch der Innenhofbereich steht zur Erholung und zum Spielen zur Verfügung. ■

Aktuelle Projekte im Bau

Vormerkung bereits möglich:

- Beispiel Wohnung Top 46 (58,54 m²/63 Nutzwerte)

MIETVARIANTE

(mit Kaufoption nach 10-jähriger Mietdauer):
Finanzierungsbeitrag:
EUR 29.799,- /
ca. EUR 473,- pro
Nutzwert

Monatliche Miete
(inkl. BK und USt):
EUR 533,07

KAUFVARIANTE:

Fixkaufpreis: EUR
157.908,-
(exkl. Nebenkosten)
monatliche Belastung:
EUR 143,64

- Beispiel Wohnung Top 66 (110,71 m²/130 Nutzwerte)

MIETVARIANTE

(mit Kaufoption nach 10-jähriger Mietdauer):

Finanzierungsbeitrag:
EUR 61.490,- /
ca. EUR 473,-
pro Nutzwert
Monatliche Miete
(inkl. BK und USt):
EUR 1.100,01

KAUFVARIANTE:

Fixkaufpreis:
EUR 325.842,-
(exkl. Nebenkosten)
monatliche Belastung:
EUR 296,40

Preise sind ungefähr und können noch geringfügig angepasst werden

Der intensiv begrünte Innenhof dient als integrierte Erholungsfläche für Jung und Alt.





© Syda Productions - Fotolia.com

Sommer-angebote

Genießen Sie Kultur im Sommer. Jede Menge Spiel und Spaß gibt's für Ihre Kinder im Erlebnispark Gänserndorf zu Vorteilspreisen für GPA-djp-Mitglieder.

© Lukas Beck/Jeff Mangione



Viertelfestival NOE – Waldviertel 2014

Das Festival findet vom 10. Mai bis 10. August im Waldviertel statt. Unter dem Motto „Naturmaschine“ werden 68 Kunst- und Kulturprojekte umgesetzt. Die Projekte befassen sich künstlerisch mit den Besonderheiten der Region und zeichnen sich durch experimentelle Zugänge und Originalität aus.

Ermäßigte Tickets für ausgewählte Projekte mit der CARD:

- „Gemma! Gutenbrunn. Das Festival im Festival“
- „Mini(N)aturmaschine. Sauerdampfer, Lokvogel u. a.“
- „Hitlers Großmutter. Erinnerungen der Maria Schickelgruber“

Informationen unter www.viertelfestival-noe.at

© Festspiele Stockerau



Festspiele Stockerau 2014

Zum offiziellen 50-Jahr-Jubiläum der Festspiele präsentiert Intendant Zeno Stanek vom 2. Juli bis 9. August mit „Einer flog über das Kuckucksnest“ ein Stück mit bewegter Rezeptionsgeschichte, das fast so alt ist wie die Festspiele selbst.

Die Vorstellungen finden auf der Open-Air-Festspielbühne am Dr.-Karl-Renner-Platz vor der barocken Pfarrkirche statt (bei Schlechtwetter im Z 2000, Sparkassaplatz 2, 2000 Stockerau).

Ermäßigte Tickets für GPA-djp-Mitglieder unter:

tickets@comcat.cc
Informationen unter:
01/361 98 88 – 10

Alle Infos zu den Festspielen:
www.festspiele-stockerau.at

© Karl Salzinger



8. SchrammelKlang.Festival

„Unendliche Weiten“ lautet das Motto des Festivals, das vom 4. bis 6. Juli in der malerischen Naturkulisse rund um den Herensee in Litschau Musik, Natur und Theater verbindet.

Über 100 Künstlerinnen und Künstler, traditionelle SchrammelmusikantInnen wie InterpretInnen zeitgenössischer Weltmusik, bekannte Wiener Lied-SängerInnen wie experimentierfreudige NewcomerInnen hat Intendant und Festivalgründer Zeno Stanek heuer zum „Woodstock des Wienerliedes“ eingeladen.

Um 10 % ermäßigte Tickets bei Wien Ticket: 01-58885 oder www.wien-ticket.at mit Codewort: GPA

www.schrammelklang.at

© Erlebnispark Gänserndorf



Kinder-Sommerncamp im Erlebnispark Gänserndorf

Klettern, Slacklinen, Bogenschießen, Streichelzoo-Tierpflege, Radausflug mit Picknick, Schwimmen, Ballspiele, Bienenlehrpfad, Kinder-Disco, Bastel-Workshop, Pony führen und Pflege, Abschlussfest Kinderolympiade mit Preisen, Verpflegung All Inklusive u. v. m.

Jede Menge Spiel und Spaß für Schulkinder von 6–12 Jahren

Termine: 21.–25.7., 28.7.–1.8., 4.–8.8., 11.–15.8.2014

mit Nächtigung € 250,–
ohne Nächtigung € 210,–
15 % Rabatt mit GPA-djp-CARD

Anmeldungen: 02282/799 88,
office@erlebnispark-gaenserndorf.at oder www.erlebnispark-gaenserndorf.at

© Schloss Weitra



Schloss Weitra

Peter Hofbauer, neuer Intendant des Festivals auf Schloss Weitra, hat es sich zum Ziel gesetzt, das Genre „musikalische Komödie“ neu zu beleben und dabei das Schloss als Originalkulisse einzusetzen.

Sein von ihm eigens für Weitra geschriebenes, und mit der Musik von Josef Strauss herrlich abgerundetes Stück „Plötzlich Prinz“ (13.7.–18.8.2014) verspricht ein unterhaltendes, flottes und vielseitiges Theatererlebnis.

Vom 22.–24.8.2014 sehen Sie die Komödie MÖRDERKARUSSELL.

Ticketbestellung für Mitglieder unter: tickets@comcat.cc
Informationen unter: 01/361 98 88–10
Infos: www.schloss-weitra.at

© fotolia.de



Sommernachhilfe

Das bfi Wien bietet ab 28. Juli Intensivlernkurse mit kompetentem Lehrpersonal in einer angenehmen Atmosphäre in Deutsch, Englisch und Mathematik für SchülerInnen aus Neuen Mittelschulen, AHS sowie berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Kosten: € 150,– pro Woche
–10 % für GPA-djp-Mitglieder (SchülerInnen ab 15 selbst oder erziehungsberecht. Personen)

Kursorte: bfi Wien
Alfred-Dallinger-Platz 1,
1034 Wien und/oder
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien

Information und Anmeldung:
Tel. 01/811 78–10100, E-Mail:
information@bfi-wien.or.at
www.bfi-wien.at

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



© by paul - Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion
 KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online:
www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss 25. Mai 2014.**
 Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© EMS



Gewinnen Sie
3 x 2
Karten

Ab 5. Juni 2014

Mach dir ein Bild!

EMS Lounge, Wien

Eine völlig neue 3-D-Ausstellung, in der der Betrachter selbst zum Künstler wird. Fotografieren ist nicht wie in anderen Ausstellungen verboten, sondern ein MUSS!

Karten: 01/ 714 88 77
 Infos unter www.emslounge.at
 Mit CARD EUR 8,- statt 10,-
 Kinder bis 14: EUR 5,60 statt 7,-

© Bernhard Mrak



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten

8.-10. Juni 2014

Cubus – Glaub nicht alles was du denkst

MQ, Dschungel Wien

Eine Frau findet sich hineingeworfen in einen abgeschlossenen Raum. Doch ist sie nicht allein, denn dieser sogenannte „Cubus“ erscheint wie ein Irrenhaus.

Karten: 01/522 07 20-20
 Info: www.gpa-djp.at/card
 Mit CARD EUR 12,- statt 14,-

© La Brass Banda



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten

26.-29. Juni 2014

Woodstock der Blasmusik

Arco Area, Ort im Innkreis

Zum vierten Mal geht diesen Sommer wieder eines der größten Blasmusikfestivals Europas in Oberösterreich über die Bühne.

Buchung per Mail:
tickets@comcat.cc
www.woodstockderblasmusik.at
 CARD-Ermäßigung bei Pass und Tageskarten

© Bettina Frenzel



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten

9. Juli bis 28. August 2014

Sissi – Beuteljahre einer Kaiserin

Tschauner Bühne, Wien

Vergessen Sie alles, was Sie zu wissen glaubten! In dieser trashig-absurden Inszenierung rockt das Tschauner Reloaded Ensemble die Bühne!

Karten: 01/914 54 14
 Info: www.tschauner.at
 10 % CARD-Ermäßigung

© Hannah Neuhuber



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten

15. Juli bis 15. August 2014

Romeo und Julia

Schloss Pötzleinsdorf, Wien

Die tragische Geschichte der beiden Liebenden findet an alternierenden Abenden in englischer und deutscher Sprache vor einer imposanten Kulisse statt.

Karten: 0680/225 12 90
 (Mo-Fr: 10-14 Uhr)
 Info: www.openhousetheatre.at
 Mit CARD EUR 17,-

© Anna Stöcher



Gewinnen Sie
2 x 2
Karten

31. Juli bis 24. August 2014

Erben für Anfänger

Herrenseetheater, Litschau

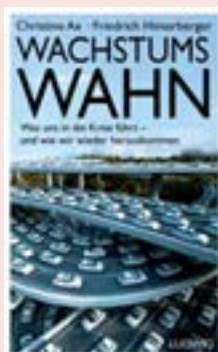
Inspiziert durch den Romanklassiker schickt Margit Mezgolic in ihrer Komödie zwei schrullige Protagonisten auf eine turbulente Jagd nach einem verdammt gut versteckten Millionenerbe.

Karten: 02865/53 85
 Info: www.herrenseetheater.at
 10 % CARD-Ermäßigung

Wachstumswahn Was uns in die Krise führt – und wie wir wieder heraus- kommen

von Christine Ax und Friedrich Hinterberger,
LUDWIG Verlag 2013, 18,50 €

Ob es uns gefällt oder nicht: Das Wachstum der vergangenen Jahrzehnte kommt nicht wieder. Und das ist nach Ansicht der Autoren gut so! Denn inzwischen gibt es von fast allem genug – und von immer mehr zu viel. Wir leben im Wohlstand und wollen doch immer mehr. Wir haben vom Falschen zu viel und vom Richtigen zu wenig. Unser Wohlstand und unser hoher Lebensstandard gründen auf dem Zwang zum permanenten Wachstum. Doch Europa steckt nach wie vor mittendrin: in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008/2009 begonnen hat und nach Meinung vieler ExpertInnen noch lange nicht überwunden ist.



Inflation auszugleichen, um die Pensionen zu sichern und um die Staatsschulden abzubauen. Andere argumentieren mit der Ressourcenknappheit und finden, dass wir auch angesichts der weltweit sehr ungleichen Verteilung von Einkommen und Bildung nicht allein auf Wachstum setzen dürfen.

Die Autoren wollen das goldene Kalb Wachstum vom Thron stoßen. Nicht weil sie Wachstumskritiker sind, sondern weil sie den Zenit des Wachstums erreicht sehen. Die Autoren sehen das jedoch nicht als

Die einen plädieren dafür, mit aller Macht gegen die rückläufige Wirtschaftsentwicklung gegenzusteuern. Um Arbeitsplätze zu schaffen, um die

Katastrophe, sondern als große Chance für einen nachhaltigen Wandel – hin zu der Bereitschaft, nach neuen Antworten zu suchen und neue Wege zu beschreiten.

Das Buch zeigt anschaulich, wie unsere Welt nach dem Ende des Wachstumswahns aussehen könnte. Dabei wird klar, warum wir auf die Wachstumsraten von gestern verzichten können und welche Bereiche in Zukunft unbedingt wachsen sollten.

In einer zukunftsfähigen Gesellschaft können wir nämlich auch auf anderen Wegen Arbeitsplätze schaffen, Bildung und Pflege organisieren, Armut bekämpfen und den Klimawandel stoppen. Das machen die beiden Wirtschaftsexperten anhand von Beispielen und durchaus unterhaltsam auch ökonomischen Laien verständlich.

Andrea Rogy

Der Juli geht aufs Haus

Kurto Wendt,
Zaglossus, Wien 2014, 14,95 €

Es ist ein erfundenes Szenario, wie es realer gar nicht sein könnte: In seinem neuen Job bei einem großen Immobilienentwickler erhält Frank den Auftrag, widerspenstige MieterInnen, deren Wohnungen in Luxusdomizile umgebaut werden sollen, durch unlautere Methoden zum Aufgeben zu bewegen. Inspiriert von Mietboykottbewegungen in Spanien und Deutschland beschließt er gemeinsam mit Freundinnen und Freunden, eine derartige Bewegung auch in Wien zu initiieren.

Zum Star des Romans wird dabei eine 82-jährige lesbische Großmutter, die ihr von Räumung bedrohtes Haus verteidigt. Sie bedient sich dabei einer simplen aber umso wirkungsvolleren Taktik: „Der Juli geht aufs Haus“



Tausende von Leuten koordiniert die Juli-Miete nicht bezahlen.

Kaum ein Thema bewegt derzeit so sehr wie die Frage nach leistbarem Wohnen. Kurto Wendt schreibt dazu die Geschichte einer fiktiven Bewegung, die jederzeit Realität werden könnte. Sein Buch ist eine gute Mischung aus Gesellschaftskritik und Unterhaltungsliteratur.

Sehr lebhaft und detailgetreu werden die Probleme der Großmutter in jungen Jahren geschildert: „Wahrscheinlich war unser heutiger Vermieter noch nicht einmal auf der

ist in der Geschichte Losung und Drohung zugleich – sollten die Forderungen der Boykottbewegung nicht erfüllt werden, würden

Welt, als die Hausverwaltung damals, unterstützt von den meisten anderen Parteien im Haus, uns hier raus haben wollte. Eine verlassene Frau mit ihrer achtjährigen Tochter und ihrer Liebhaberin. Und das in den 1970er-Jahren in Wien.

Sie haben keine Vorstellung davon. Niemand sprach jemals das Wort lesbisch aus. Die Hausverwaltung kam ständig vorbei, um die Wohnfläche auszumessen, zu fragen, ob mein Mann da wäre, oder uns mitzuteilen, dass sich andere Hausparteien über den Lärm meiner Tochter beschwerten“

Kurto Wendt lebt in Wien und arbeitet als Medienbeobachter, Journalist, Gastkommentator und Betriebsrat. „Der Juli geht aufs Haus“ ist sein dritter Roman.

Andrea Rogy



~~Es gibt nichts geschenkt.~~

Exklusiv für
Mitglieder der
GPA-djp.



3Spezial-Bonus XL.

- 15% Bonus auf die Grundgebühr
- 49€ Aktivierungsentgelt sparen
- Bis zu vier Anmeldungen pro Mitglied

Es geht auch anders.



Aktion gültig bei Neuansmeldung zu einem Sprach- oder Internettarif mit Gerät und 24 Monaten Mindestvertragsdauer. Ausgenommen Hui Plus Internet-Tarife. Rabatte beziehen sich nur auf den Basis-Tarif und sind nicht auf Zusatzpakete, Servicepauschale und sonstige Entgelte anrechenbar.



Gewinnen Sie einen 3WebCube der neuesten Generation.



Senden Sie eine Postkarte an:
Redaktion KOMPETENZ, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1034 Wien
oder online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiele

Einsendeschluss ist 25.05.2014. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.